

Integration – Chance und Herausforderung für die Gemeinden

Zunehmend werden Konsequenzen einer mangelhaften Integration von ausländischen Bevölkerungsgruppen in den Gemeinden spürbar – beispielsweise durch einen hohen Anteil von nicht-deutschsprachigen Kindern in den Schulen. Damit besteht die Notwendigkeit für Gemeinden, sich mit dem Thema der Integration auseinanderzusetzen. Die kommunale Integrationspolitik sollte hierbei als Querschnittsaufgabe konzipiert werden.

Derzeit haben rund 780.000 ausländische Staatsangehörige ihren Hauptwohnsitz in Österreich (dies entspricht einem Anteil von 9,5 Prozent an der Gesamtbevölkerung). Hinzu kommen seit 2003 jährlich noch rund 40.000 Einbürgerungen, wovon mit rund 19.000 Einbürgerungen die meisten auf ZuwanderInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien und mit 13.000 Einbürgerungen aus der Türkei entfallen.

Die Zuwanderung fällt regional sehr unterschiedlich aus. Während der Anteil der nicht-österreichischen Bevölkerung mit 4,5 Prozent im Burgenland im Jahr 2004 am niedrigsten war, lag der Wert für Wien bei 17,7 Prozent.

Auch zukünftig wird in aktuellen Prognosen ein generell positiver Zuwanderungssaldo erwartet, so dass Zuwan-

derung v.a. eine Herausforderung für die städtischen Räume bzw. die Zentralräume und insbesondere die Stadt Wien sein wird.

Zuwanderung bedingt die Notwendigkeit von Integrationsmaßnahmen

„Migration als Chance begreifen“ nannte die Globale Kommission für Integration Ende 2005 ihren Bericht an die UN. Neben den positiven Effekten der Zuwanderung (etwa den Vorteilen für die städtische Wirtschaft) erwachsen den Städten aber gleichzeitig neue und erweiterte Aufgaben einer gezielten Integration dieser ZuwanderInnen. Nicht zuletzt die Jugendkrawalle in Frankreich im vergangenen Jahr haben dazu geführt, dass national und international Versäumnisse

erkannt und die Notwendigkeit zur Integration auch von der Politik verstärkt wahrgenommen wurden und generell ein Umdenken stattfindet. Es wird anerkannt, dass Migration stattfindet und es daher konsequenter Strategien und Maßnahmen zur Gestaltung der Integration dieser MigrantInnen in die aufnehmende Gesellschaft bedarf, weil nur so die Chancen dieser Entwicklung genutzt werden können.

Städte und Gemeinden leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration von ZuwanderInnen

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In Hinblick auf eine erfolgreiche Integration sind somit Bund, Länder und Gemeinden gleichermaßen gefordert. Für die Städte und Gemeinden ist eine erfolgreiche

Integration lebenswichtig. Die Zukunft vieler Städte wird – so die demografischen Entwicklungen – multiethnisch

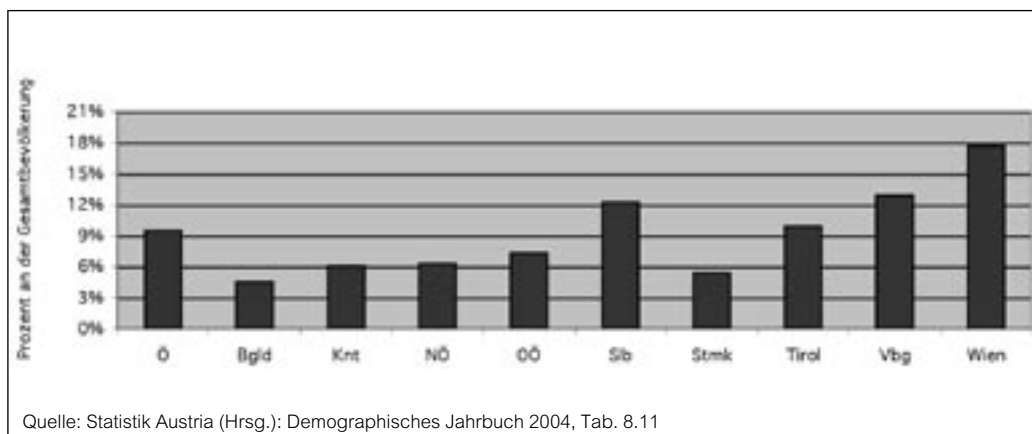


Abb. 1: Anteil an nicht-österreichischer Bevölkerung an der österreichischen Gesamtbevölkerung 2004

sein und im Lebensraum Stadt wird sich als erstes zeigen, inwieweit Strategien und Maßnahmen zur Integration erfolgreich waren; nicht oder unzureichend gelöste Probleme werden am Ende zunächst in den Städten sichtbar werden.

Wenn ein Nachholbedarf im Bereich der Integration generell zutreffend ist, bedarf es als erstes einer „nachholenden Integrationspolitik“, aber gleichzeitig auch konsequenter Schritte in die Zukunft. Dabei ist unübersehbar, dass das Thema „Integration“ politisch sehr sensibel ist und schnell Gefahr läuft, in der tagespolitischen Debatte – aber auch konkret im Nationalratswahlkampf 2006 – missbraucht zu werden. Auch das Nebeneinander von Integrationspolitik und Fragen der Flüchtlings- und Asylpolitik sind zu beachten.

Die Städte und Gemeinden leisten bereits heute einen wichtigen Beitrag im Rahmen einer übergreifenden Integrationspolitik. Dies wird auch zukünftig so sein. Die Hauptverantwortung für die Integrationspolitik liegt aber eindeutig beim Bund – nicht zuletzt deshalb, weil dort die wesentlichen Entscheidungen über die Rahmenbedingungen (so etwa den Zuzug aus dem Ausland) getroffen werden.

Integration ist eine strategisch ausgerichtete Querschnittsaufgabe

Wenn auch weitgehend unbestritten ist, dass Sprachkompetenz als wichtigste Voraussetzung für eine soziale Integration von ZuwanderInnen notwendig ist, darf sich die integrationsorientierte Politik der Gemeinden nicht allein auf diesen einen Aspekt beschränken. Geht es doch um viel mehr: So etwa um Hilfestellung bei der Orientierung im neuen Land; um die

Sicherstellung eines verträglichen Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen in den Städten; den Abbau von Ängsten oder Vorbehalten gegenüber „dem Fremden“; oder auch darum, ZuwanderInnen gleiche Chancen am Arbeitsmarkt zu geben. Und so sind in letzter Zeit verschiedene Ansätze zur Beschreibung einer strategisch ausgerichteten kommunalen Integrationspolitik deutlich geworden. Zu nennen sind hier etwa Überlegungen der Bertelsmann Stiftung, der KGSt, aber auch ganz praktische Ansätze, wie das kommunale Integrationsleitbild der Stadt Dornbirn.¹ Sichtbar wird in diesen Zugängen jedenfalls, dass erfolgreiche Integration einen Masterplan braucht, der verschiedene Einzelprojekte sinnvoll verbindet. Organisatorisch bedeutet das wiederum, dass Integrationsarbeit keine ausschließliche Fachaufgabe (z.B. Fremdenrecht, Kindergarten etc.) ist. Sie liegt vielmehr quer zu den verschiedenen Fachpolitiken und bedarf daher einer Verankerung in allen kommunalen Aufgabenbereichen und bei allen Planungsaufgaben (z.B. Stadtentwicklungsplanung, städtische Freiraumplanung in Gebieten mit hohem Anteil an MigrantInnen – Partizipation von MigrantInnen, Beachtung der Raumbedürfnisse ausländischer Jugendlicher). Vor allem im Integrationsbereich ist die Stadt jedoch auch im hohen Maße koordinierend tätig. Die Leistungen und Beiträge von Vereinen, privaten Initiativen und Kirchengemeinden sind wichtige Teile einer kommunalen Integrationspolitik. Geschaffene Netzwerke sind wertvolle Kommunikationswege, die Vertrauen bilden und Brücken zwischen aufnehmender und zugewanderter Gesellschaft schlagen. Die Koordination des Netzwerkes liegt bei den Kommunen.

Verschiedene Handlungsfelder einer kommunalen Integrationspolitik

Auf der Ebene der praktischen Umsetzung werden in aktuellen Fachpublikationen vor allem folgende Handlungsfelder genannt:

- **Individuelle Hilfen zur Orientierung und Eingliederung**

Vor allem die erste Zeit nach der Ankunft ist für MigrantInnen sehr schwierig. Sie befinden sich in einem fremden Land mit oft fremder Kultur und Sprache, was zu einer Art Orientierungslosigkeit in der Startphase führt. Es gilt daher, Zugangsbarrieren bei der Stadt abzubauen. Dies kann beispielsweise durch eine mehrsprachige Willkommensmappe oder eine Beratung zur Orientierung und Vermittlung von Hilfsangeboten erfolgen.

- **Sprachförderung von Erwachsenen**

AusländerInnen bleiben aufgrund ihrer mangelnden Deutschkenntnisse gesellschaftliche und soziale Einrichtungen bzw. Aktivitäten verwehrt; sie sind schlechter über ihre Rechte und Pflichten informiert. Hier gilt es, praxisorientierte und unterschiedliche Sprach- und Orientierungskurse nach Zielgruppen und Bildungsniveau anzubieten. Darunter kann jedoch auch die sprachliche Betreuung in öffentlichen Einrichtungen (z.B. in Krankenhäusern und Geburtskliniken, muttersprachliche Altenpflege etc.) oder das Auflegen von mehrsprachigen Broschüren zählen.

- **Sprachförderung von Kindern**

Damit die Kinder beim Schuleintritt dem Unterricht folgen können,

¹ KGSt (Hrsg.): Management kommunaler Integrationspolitik. KGSt-Bericht 2005, 7.; Güngör, Kenan; Ehret, Rebekka: Integrationsleitbild der Stadt Dornbirn mit Maßnahmenplan. Basel 2002.

bedarf es eines altersgemäßen Sprachverständnisses. Konkrete Maßnahme hierzu kann die Förderung des Zugangs zu Spielgruppen für Migrantenkinder sein. Weiters sind gezielte Sprachförderungsprojekte für Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen bereits im Kindergarten empfehlenswert. Für die Kinder und ihre Eltern können Lernhilfeangebote und Sommerkurse angeboten werden.

- **Förderung der Akzeptanz des Nebeneinanders und des Dialogs zwischen unterschiedlichen Kulturen**

Durch eine versachlichte Diskussion sollen die Chancen und positiven Seiten des Zusammenlebens verschiedener Bevölkerungsgruppen und Kulturen in der Bevölkerung bewusst gemacht sowie Ängste und Vorurteile abgebaut werden. Hierzu gehört, dass über Erfolge berichtet und Missstände offen diskutiert wird. Veranstaltungen, Veröffentlichungen und ein guter Kontakt zu den örtlichen Medien sowie die Kontaktpflege mit VertreterInnen von MigrantInnenorganisationen tragen dazu bei, den Stellenwert des Themas „Integration“ in der Öffentlichkeit zu unterstreichen. Hierzu gehört auch die Konfliktschlichtung durch ausgebildete MediatorInnen oder ein öffentlicher Dialog heikler Themen (z.B. Religion, Frauenrechte etc.).

- **Förderung und Vernetzung von privaten Initiativen und Vereinen**

Städte können nicht alles selbst leisten und brauchen daher Partner und Multiplikatoren. Durch die gezielte Förderung von Vereinen und Projekten, die Integrationsaufgaben wahrnehmen und die Aktivierung der MigrantInnen, sich in Vereinen zu engagieren, kann es zu einer

verbesserten Integrationsleistung kommen. Die Kommune sollte sich hierbei als Koordinator der Aktivitäten der einzelnen Vereine, Selbsthilfeorganisationen und Non-Profit-Organisationen sehen und die Vernetzung der Einzelaktivitäten unterstützen.

- **Stadtentwicklung und Wohnen – Vermeidung der Ghettoisierung**

Vor allem in größeren Städten besteht die Gefahr der Isolation von AusländerInnen. Kommunale Wohnungspolitik sollte daher als Maßnahme zur Durchmischung gesehen werden und die Integration der MigrantInnen in den sozialen Wohnbau zwecks der Entgegenwirkung von Ghettobildungen fördern. Insbesondere kann dies die wohnrechtliche Gleichstellung der in- und ausländischen Wohnbevölkerung (z.B. Mietzuschüsse, Wohnbauförderung etc.) oder die Förderung des öffentlichen und nachbarschaftlichen Lebens durch die Schaffung von entsprechend attraktiven Begegnungsräumen umfassen.

- **Vorbildfunktion der Stadt als Arbeitgeber – Zeichen setzen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung**

MigrantInnen sind in der städtischen Verwaltung in der Regel unterrepräsentiert. In der Stadtverwaltung sollte die Beschäftigung von AusländerInnen entsprechend der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung, (z.B. städtische Polizei, aber vor allem auch im Gesundheits-/Sozialbereich) erfolgen. Viele MigrantInnen haben somit AnsprechpartnerInnen, die dieselbe Muttersprache beherrschen und den gleichen kulturellen Hintergrund besitzen.

- **Gleichberechtigter Zugang zu Gesundheits- und Sozialleistungen**

MigrantInnen sind häufig in Niedriglohnbranchen mit einem erhöhten Gesundheitsrisiko beschäftigt. Gleichzeitig bestehen jedoch sprachliche Barrieren in Krankenhäusern oder bei Ärzten. Hier besteht die Möglichkeit, GesundheitsmultiplikatorInnen auszubilden oder mehrsprachige Broschüren (z.B. zu Ernährung von Kindern, Diabetes, Krebsvorsorge, Verhütung etc.) aufzulegen.

- **Politische Partizipation**

Da Nicht-EU-AusländerInnen vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen sind, haben die Parteien nur wenig Kontakt zu ihnen und die MigrantInnen meist nur wenig Ahnung von der Gemeindepolitik. Für eine Erfolg versprechende Integrationspolitik ist jedoch von Bedeutung, dass man den MigrantInnen das Gefühl gibt, sie ernst zu nehmen und ihren Beitrag zum sozialen und kulturellen Gemeindeleben anzuerkennen. Mögliche Mittel hierzu wären Ausländerbeiräte und -foren oder MigrantInnenbeiräte.

Die Zukunft der Städte ist multiethnisch. Eine konsequente Integration von ZuwanderInnen ist daher für die Städte eine zwingende Notwendigkeit. Sie bietet aber gleichermaßen auch zahlreiche Potenziale, die etwa aus der Vielfältigkeit und Diversität resultieren. Zu den Potenzialen zählen etwa die Mehrsprachigkeit, transkulturelle und transnationale Wissensressourcen sowie besondere, im Ausland erworbene Fähigkeiten und Fertigkeiten der ZuwanderInnen. ■

*Klaus Wirth
Karoline Mitterer*